

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
33 (1919)**

271 (19.11.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-41860](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-41860)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 2.20 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6.30 Mark, monatlich 2.10 Mark auschl. Bestellgeld.

Republik

Preis 15 Pf.

Bei den Inserenten wird die einjährige Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Füllten mit 45 Pf. berechnet, für auswärtige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamzeile 2 Mark. Plabvordrucken unerschöpflich.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, fernsprecher Nr. 58

Rühringen, Mittwoch, 19. November 1919 * Nr. 271

Redaktion: Peterstraße 76 fernsprecher Nr. 1068

Betrachtungen zum Berliner Streik.

aus Berlin wird uns geschrieben: Die gegenwärtige Berliner Metallarbeiterbewegung geht bis in den Dezember vorigen Jahres zurück. Damals kam das erste große Übereinkommen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Berliner Metallindustriellen zustande. Sollte man auf seiner Grundlage sofort weiter gebaut, so wäre man wahrheitlich viel eher zu erträglichen Verhältnissen im Gewerbe gelangt, wie das jetzt der Fall ist. Aber in den Tagen der Sturm- und Drangperiode, als nach Emil Barth die Revolution zur Volksbewegung wurde, am 14. Januar d. J., wurde das Vorhaben von der Generalversammlung der Metallarbeiter verworfen. Es kam eine heroische Zeit, nur unterbrochen von Vertragsabschlüssen einzelner Gruppen. Weil es so nicht weiter ging, beschloß die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter am 22. Mai d. J. den Aufbau des großen Vertrages. Hierzu Gruppen und achtzehn Lohnklassen konnten unmöglich bleiben, und so drehten sich die Verhandlungen der kommenden Zeit besonders um die Verringerung dieser Gruppen und Lohnklassen. Die Unternehmer schlugen acht Lohnklassen vor, der Metallarbeiterverband fünf, die Berliner Metallarbeiterorganisation drei. Weil die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führten, erhielt die Berliner Dramatik Mitte Juli die Genehmigung zur Einleitung einer großen Bewegung. Am 21. August führten die Verhandlungen zu dem Schiedsspruch, der fünf Lohnklassen festsetzte. Diesem Schiedsspruch fügten sich beide Parteien und es handelte sich nun darum, in diesen großen Rahmen die vierzig Gruppen einzuarbeiten. Nachdem über die Frage ungelöst abgesehen Zeitabschlüssen erfüllt waren, erhoben die Arbeiter Beschwerden, die Schlichter, Dreher usw. auf der verschiedenen Gruppen verteilt wurden. Die Arbeitervertreter wurden abgerufen und die Schlichterkommission eingesetzt. In dieser Kommission war zunächst ein erweitertes Rahmen, verhängt durch revolutionäre Elemente aller Art. Später nahmen die mehrheitlich sozialistischen Mitglieder der Ortsverwaltung an den Konferenzen, die circa 40 Teilnehmer zählten, gewöhnlich in einer Stärke von etwa 10 Mitgliedern teil. Entscheidenden Einfluß hatten also unsere Genossen nicht, und eine ganze Menge Beschlüsse wurden gegen sie gefaßt. Die schändliche Parole der Störungen war: Verfestigung des Kampfes und keine Führung auf immer breiterer Grundlage. Dies Verfestigen hieß auf manche Widersprüche bei der Arbeiterschaft der Betriebe selbst. Die Vertreter der S. D. wandten sich gegen den Plan, am 2. Oktober die Arbeiter aller Betriebe während der Arbeitszeit auf die Straße zu rufen. Sie hatten die Meinung, daß es völlig genüge, diese Versammlung nach der Arbeitszeit stattfinden zu lassen, um so mehr, als Kostes damals ausdrücklich erklärte, die Versammlung genehmigen zu wollen, wenn die Anmeldung erfolge. Die Radikalen drangen aber mit ihrem Antrag durch, die Demonstration ohne Anmeldung während der Arbeitszeit stattfinden zu lassen, und sie führten damit die verschiedenen Zusammenstöße und den Tod eines Arbeiters herbei.

Am 12. Oktober wurde beschloßen, die Maschinen und Geizer in den Streik zu geben. Der Führer Ruch erklärte: „Es müßte doch mit dem Teil gelassen, wenn morgen Berlin nicht auf dem Kopf stünde.“ Nachdem die Maschinen und Geizer in den Streik eingetreten waren, dadurch lebenswichtige Betriebe gefährdet wurden und die technische Notlage eintrat, kam es zu neuen Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium. Trotzdem die Schlichterkommission nun den Schiedsspruch vom 21. August nicht mehr anerkennen wollte, kam es doch ziemlich rasch zu einer Einteilung der Gruppen in die verschiedenen Lohnklassen. Es folgten die Verhandlungen über die Beendigung des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Unternehmer erklärten sich bereit, die Arbeiter mit Beendigung des Streiks nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse mit möglichst vollständiger Wiedereinstellung einzustellen. Eine sofortige Aufnahme aller Arbeiter war wegen des Zustandes der Betriebe nicht möglich. Eine gegenwärtige Beschäftigung wird auch von radikaler Seite nicht aufgestellt. Vor dem 15. Dezember dürfte der Weg eines aus Anlaß des Streiks noch arbeitslosen Arbeiters nicht mit fremden Kräften besetzt werden. Nachregelungen sollen nicht stattfinden, die Arbeitsunterbrechung durch den Streik sollte bei Beurteilungen usw. nicht angedenkt werden.

Nun aber kommt der schwierigste Punkt. Die nichtentlassenen Arbeiterschußmitglieder sollten ihre Tätigkeit sofort wieder aufnehmen, an die Stelle entlassener Mitglieder sollten ihre Stellvertreter kommen und Neumahlen sollten stattfinden, sofern nicht mehr die gesetzliche Zahl der Ausschußmitglieder vorhanden war. Dieser Unternehmerverbotliche ersuchen nicht auf genügende Sicherung für die Rechte der Arbeiterentschloßen und Betriebsräte, die viele sich im Laufe der Zeit über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Rechte in den Betrieben erworben hatten. Es kam also darauf an, diese neuen Rechte zu schützen. Unter Teilnahme der politischen Parteien wurde über diese Frage neu verhandelt. Dabei wurde festgestellt, daß als entlassen nicht diejenigen zu betrachten seien, die durch Eintritt in den Streik ihre Arbeitsstelle verließen, sondern nur diejenigen, die ihre Posten genommen hatten, nachdem ein

Teil des Betriebes in den Streik getreten und dadurch der ganze Betrieb zum Stillstand gezwungen war. Die Unternehmer hatten diesen gezwungen feindlichen Arbeitern freigestellt, auszuscheiden oder die Posten zu nehmen. Weil die Schlichterkommission keine bestimmte Parole gab, vielmehr den Arbeitern ihr Handeln überließ, nahmen viele Arbeiter die Posten, hatten damit selbst ihre Entlassung herbeigeführt und gaben so den Unternehmern Grund zu ihrem Vorstoß. In den Verhandlungen wurde nun erreicht, daß die Rechte der Arbeiterentschloßen und Betriebsräte, soweit sie hinausgehen über die Befugnisse, die im

Meldungen vom Tage.

Wegen eines herausfordernden jugendlichen Verhaftens vor dem Untersuchungsamt wurde der ehemalige Staatssekretär Gelferich von diesem gestern zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Wie aus Rufe gemeldet wird, entziehen die deutschen Kriegsgesandenen in Frankreich neuerdings immer zahlreicher. Die letzte Gruppe, die aus einem Lager bei Cambrai entfloß, zählte nicht weniger als 70 Mann.

Die Kammerwahlen in Frankreich sind zu gunsten der Regierungspartei Clemenceaus ausgefallen.

Wie verlautet, soll bei Eröffnung der Kartoffelkultur in h. r. infolge der Witterungsverhältnisse für erste an Stelle der fehlenden Kartoffeln eine höhere Produktion zur Verteilung gelangen.

In Berlin fanden große Protestveranstaltungen gegen die alldeutschen Demonstrationen statt.

Entwurf des Betriebsrätegesetzes festgelegt.

Entwurf des Betriebsrätegesetzes festgelegt, bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes unverändert bleiben. Diese Sicherstellung der Grundrechte der Arbeiter war für die sozialdemokratische Partei Veranlassung, die weitere Teilnahme an der Streikleitung abzulehnen, da es sich nun nicht mehr um eine politische Angelegenheit, sondern nur um die gewerkschaftliche Frage der langwieriger oder rascheren Wiedereinstellung handelte.

Am Sonntag den 2. November erklärten radikale Führer, wie Ruch, daß der Generalstreik nicht möglich sei. Am 3. November erklärte Schumacher (L. S. P.) für die Gewerkschaftskommission (in ihrer Mehrheit unabhängig), daß die Kommission den Streikpunkt als nicht genügend für den Generalstreik ansehe. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission (in seiner Mehrheit ebenfalls unabhängig) lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen bei 2 Stimmentzückungen den Generalstreik ab. Die Vollziehung der Gewerkschaftskommission (in großer Mehrheit unabhängig) lehnte den Generalstreik mit 66 gegen 66 Stimmen ab.

Damit war den radikalen Plänen endgültig das Genick gebrochen und die trotzdem erfolgten Versuche, den Generalstreik ins Leben zu rufen, scheiterten. Es wird vielleicht noch einmal sein, gelegentlich ausfälliger auf Einzelheiten dieses Kampfes zurückzukommen, besonders, wenn seine Folge eine Stärkung der gelben Bewegung sein sollte. Auf jeden Fall aber zeigen unsere Darlegungen, daß die Arbeiterschaft keine Veranlassung hatte, den Generalstreik nur um die radikalen zum Gedächtnis der Revolution mitzumachen. Nicht derjenige ist der beste Revolutionär, der unter allen Umständen das Wirtschaftsleben durcheinander bringt, sondern derjenige, der die Grundrechte der Arbeiter führt und durch Fortgang der Produktion weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse ermöglicht.

Das Hamb. Echo macht zu dem verflochtenen Streik folgende Anmerkungen: Der Berliner Metallarbeiterstreik hat nach langem gelinde sagen kann, daß es den Wünschen und Erwartungen der Arbeiterschaft nicht entspricht. Hat auch die Forderung eine Lösung gefunden, die den Wünschen der Arbeiter entgegenkommt, so haben diese in einem Grenzpunkt, Wiedereinstellung ihrer Vertrauensleute, keinen Erfolg erzielen können. Die Unternehmer erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, alle in den Streik getretenen Arbeiter auf einmal wieder anzunehmen, daß daher die Wiedereinstellung nur allmählich erfolgen könne, wobei die Vertrauensleute ebenfalls behandelt werden sollen, wobei die übrigen Arbeiter. Sie verhielten, daß sie nicht die Absicht haben, die Vertrauensleute zu mackeln, nur besondere Vorrechte ihnen einzuräumen, das können sie nicht. Man müßte die Psychologie des Unternehmens nicht kennen, wenn man nicht mit Verstand rechnen wollte, die Arbeiterschaft bei der Wiedereinstellung zu haben. Solchen Verstand entgegenzusetzen, die neue Kamfistimmung und neue Gewerkschaft heranzuführen, die sich während des Streiks um die Bewältigung abgeben den beiden Streitparteien bemüht haben, vornehmlich also des Arbeitsministeriums

Die Unabhängigen versuchen, die Schuld an dem unterliegenden Ausgang des Streiks den Sozialdemokraten, den verhassten „Rechtssozialisten“, in die Schuhe zu schieben. Das gegen ist die einzige Aufgabe festzuhalten, daß kein einziger Arbeiter ist, in dem die zur alten Partei stehenden Arbeiter die Solidarität und die Disziplin gegenüber der Streikleitung, zu der sie sehr wenig Vertrauen haben konnten, verlegt haben. Die Sozialdemokratie hat sich allerdings dem Versuch, den Metallarbeiterstreik mit dem Antritt eines Berliner Generalstreiks abzumachen, mit Entschiedenheit und Erfolg widersetzt, aber darüber, daß ein Generalstreik in diesem Augenblick nichts anderes gewesen wäre als eine verwerfliche Dummelei, waren sich die noch denkbaren Führer der Unabhängigen mit den Sozialdemokraten vollständig einig. Ganz abgesehen davon, daß die Hoffen nicht die geringste Zeit zeigten, einer Generalstreikpartei zu folgen, mußte jeder vernünftige Mensch einsehen, daß der Generalstreik kein Mittel war, den Metallarbeiterstreik zu beenden. Die Straßenbahnen mögen solange wie sie wollen nicht fahren — die Unternehmer der Metallindustrie werden sich dadurch absolut nicht zu den Forderungen der Arbeiter bekehren lassen. Sie haben ja sowieso nichts mit der Streikbewegung, sondern im Auto.

Die Sozialdemokraten haben nichts anderes getan, als daß sie ein auch von einem großen Teil der Unabhängigen als unbrauchbar erkanntes Kampfmittel ablehnten. Im übrigen haben sie gewerkschaftliche Disziplin gehalten und damit so ziemlich die besten moralischen Bedingungen der proletarischen Solidarität beibehalten; denn sie ordneten sich einer Führung unter, zu der sie kein Vertrauen haben konnten und die wirklich so war, daß sie manchmal am liebsten an der Wand hinaufgelaufen wären.

Bekanntlich begann der Streik damit, daß neue Kontarische festgelegt wurden, von denen die Arbeiter eine Schmälerung ihrer Löhne befürchteten. Es gelang, die Unternehmer zu der Erklärung zu bringen, daß sie im Fall der neuen Tarifbestimmung unter keinen Umständen eine Lohnverdrängung durchzuführen wollten, kein Arbeiter solle unter dem neuen Tarif schlechter gestellt werden, als er es unter dem alten war. Mit dieser Erklärung in der Tasche hatten die Arbeiter ihren Kampf zum unbesiegt versagen können; denn wenn sich später herausstellte, daß die Unternehmer ihre Aussage nicht hielten, waren sie in einer unvergleichlich besseren moralischen Position als zuvor, sie konnten dann auf eine einheitliche Kampfmittel der Arbeiterschaft und auf ihre Unterstützung durch die Regierung und die öffentliche Meinung rechnen. Schon die Betrachtung der Wirtschaftslage mußte davon abhalten, den Vogen unangenehm zu überpassen; denn es war ja kein Geheimnis, daß trotz der zahlreichen vorliegenden Kurieren wegen des Kohlen- und sonstigen Rohstoffmangels eine nur teilweise Intensivierung der Produktion überhaupt nicht möglich war. Das Problem der Verteilung der Arbeitslosigkeit. Durch wochenlanges Stilllegen der Betriebe konnte kaum etwas anderes erzielt werden, als eine anderweitige Verteilung der vorhandenen, durch den Kohlenmangel beschränkten Arbeitsleistung; einen entscheidenden Druck auf die Unternehmer durch sie auszuüben, war angeht die der gesamten Verhältnisse kaum möglich. Die Unternehmer konnten werden, die Arbeiter nicht.

Der unglücklich begonnene und unglücklich beendete Streik hat Millionen und aber Millionen gewerkschaftlichen Vermögens verschlungen. Er hat dadurch und durch die langen Entbehren, die er zur Folge hatte, die gewerkschaftliche Widerstandskraft der Arbeiter erschüttert. Er hat der Organisation Abbruch getan, und da ein allmähliches Abwachen der noch nicht gewerkschaftlich geschulten Arbeiter nicht zu verbinden war, hat er auch die gewerkschaftliche Disziplin untergraben und dem Unwesen der Gelben Vorkurs gegeben. Müßt man die Vorteile und die Nachteile, die dieser Streik der Berliner Metallarbeitern gebracht hat, gegeneinander ab, so wiegen die zweiten unendlich schwerer als die ersten. Die Arbeiter haben erfahren, welchen Schaden sie dadurch erleiden, daß ihre gewerkschaftlichen Kampfmittel ungenutzt infiziert werden. Die kommunistischen Blätter werfen den Unabhängigen vor, daß diese Bewegung durch ihre „Lüge vom rein wirtschaftlichen, unpolitischen Streik“ verdohten hätten. Damit wird aber nur die Wurzel des Mißerfolges aufgedeckt. Weil dieser Streik nicht aus rein wirtschaftlichen Erwägungen unter nichterner Beachtung der wirtschaftlichen Lage geführt wurde, wie das unter erfahrenen Gewerkschaftsleitern der Fall gewesen wäre, sondern immer wieder ins Parteipolitische hineinverflochten, und schließlich mehr den Zweck zu verfolgen schien, das Wirtschaftsleben zu erschüttern, als die Lage der Arbeiter zu heben, darum mußte sein Ende ein unbedingtes bleiben.

Deutsch-französisches Abkommen.

Die französische Regierung erklärte sich bereit, auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern stattfanden, das gesamte deutsche Mobiliar in Elbeh-Rohrungen freizugeben. Die deutsche Regierung verpflichtete sich dagegen, der französischen Regierung 25 Millionen Franken französisches Wertung zur Entschädigung derjenigen Elbeh-Rohrungen zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Gestaltung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen oder zu anderen Strafen beurteilt wurden. Die Einzelheiten des Abkommens werden in kürzester Frist bekannt gegeben werden.

Zur Lage im Baltikum.

Der Reichshaber der russischen Besatzer Awakoff, Vermont begründet die Intervention seiner Truppen unter dem Befehl des Generals von Gerecht damit, daß er die militärische Lage für unhaltbar angesehen habe, weil die Letzen ein Bündnis mit den Bolschewiken geschlossen hätten und mit starken Kräften gegen Riga vorgehen.

Aus Seltinograd wird gemeldet, daß Aude niffy als Oberbefehlshaber der Nordarmee zurückgetreten ist und daß Leboner, der zugleich Befehlshaber des estnischen Heeres ist, den Befehl übernommen hat. Diese Maßnahme verleiht den Zweck, eine Unterbrechung des russischen Heeres zu verhindern, falls es sich über die Grenze Schwedens zurückziehen muß.

Wichtigen Stellen der Besetzung eines ...

Die Kommandantur glaubt ...

Am Sonntagabend gegen 10 Uhr ...

Wie sind der Ansicht, daß diese ...

Der Verkehr mit ...

Schadenfener. Heute morgen ...

Berichte, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Arbeiter-Turnerkarteil. Den Mitgliedern ...

Ämterliche Bekanntmachungen.

Rüfingen.

Am Freitag, den 21. November 1919, werden ...

Die nächste Postkartenausgabe

findet am Donnerstag, den 20. November 1919, ...

Mit den Postkarten werden die Lebensmittel, ...

Reisungsverordnungen

In das Gemeindefestgesetz ist ...

In der Amtsbescheid Nr. 11 ...

In der Amtsbescheid Nr. 12 ...

In der Amtsbescheid Nr. 13 ...

In der Amtsbescheid Nr. 14 ...

In der Amtsbescheid Nr. 15 ...

In der Amtsbescheid Nr. 16 ...

In der Amtsbescheid Nr. 17 ...

In der Amtsbescheid Nr. 18 ...

In der Amtsbescheid Nr. 19 ...

In der Amtsbescheid Nr. 20 ...

Kunst beim ...

Der ...

Oldenburg und Ostfriesland.

Seidenstraße. Am ...

Neuer Lebensmittel. Der ...

Bereit. Aus dem ...

Stufe. Vor ...

Die ...

Die ...

Öffentliche Sitzung

des Bürgervereins ...

- 1. Beschlußfassung ...

Ordnung

betr. die Erhebung eines Zuschusses

zur Grunderwerbsteuer.

Auf Grund der ...

Einziges Paragraph.

Zu der vom Reich ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Der ...

Aus aller Welt.

Öffentlichkeitsfrage. Gestern ...

Die falsche ...

Der ...

Der ...

Rüfingener Parteiangelegenheiten.

Frauenversammlung. Dienstag ...

Kassierer. Mitgliedsbeitrag ...

Lichtbilder-Vortrag. Am ...

Der ...

Landgemeinde Varel

Die ...

1. An Inhaber ...

2. An Inhaber ...

3. An Inhaber ...

4. An Inhaber ...

5. An Inhaber ...

6. An Inhaber ...

7. An Inhaber ...

8. An Inhaber ...

9. An Inhaber ...

10. An Inhaber ...

11. An Inhaber ...

12. An Inhaber ...

13. An Inhaber ...

14. An Inhaber ...

15. An Inhaber ...

16. An Inhaber ...

17. An Inhaber ...

18. An Inhaber ...

19. An Inhaber ...

20. An Inhaber ...

21. An Inhaber ...

22. An Inhaber ...

